

Friedenspolitik

(vom Gewerkschaftstag an den HV überwiesen und dort am 22./23. November 2013 beschlossen)

1. Die GEW sieht sich den Zielen der Friedensbewegung verpflichtet. Die GEW setzt sich für ein Leben in Frieden, Freiheit, Menschenwürde und sozialer Sicherheit ein und unterstützt diese Ziele nach ihren Möglichkeiten weltweit. Krieg vernichtet Freiheit, Menschenwürde und sozialen Zusammenhalt. Zivilisten, nicht Soldaten, sind die überwältigende Mehrheit der Kriegsoffer, ein Großteil davon Kinder. Ihnen werden Perspektiven und Zukunft genommen.

Für die GEW steht fest: Krieg kann und darf niemals ein Mittel der Politik sein – alle Kriege beenden! Nie wieder Krieg!

2. Die GEW fordert, die Ausgaben für Militäreinsätze und Rüstung drastisch zu reduzieren und in Bildung und nachhaltige Entwicklung zu investieren. Viele Staaten geben mehr Geld für Rüstung als für Bildung aus. So wird das Recht auf Bildung doppelt torpediert: Die Rüstungsausgaben reduzieren die Spielräume für Bildungsinvestitionen, bewaffnete Konflikte berauben die Menschen ihrer Lebens- und Bildungschancen.

Die GEW fordert: Bildung statt Rüstung! Sie wird sich im Rahmen ihrer Möglichkeiten für dementsprechende nationale und internationale Aktivitäten einsetzen.

3. Die GEW will das Menschenrecht auf Bildung verwirklichen. Dies kann nur durch eine Erziehung in Frieden zum Frieden geschehen.

Die GEW betont deshalb die Grundsätze der Erklärung der Bildungsinternationalen, in der die Verpflichtung zu einer werthaftern, an den Menschenrechten orientierten Bildung und Erziehung festgelegt ist.

Sie unterstreicht ihre gemeinsame Erklärung mit der Kultusministerkonferenz, die die Zukunftsaufgaben von Bildung und Erziehung durch die Sicherung von Frieden und Gewaltfreiheit geprägt sieht.

Sie verweist auf den Beutelsbacher Konsens, der für die politische Bildung maßgeblich ist und ein Überwältigungsverbot, ein Kontroversitätsgebot sowie die Berücksichtigung des Interesses der Schülerinnen und Schüler vorsieht.

Für die Verharmlosung oder die Idealisierung des Krieges oder von Waffentechnologien ist im Unterricht kein Platz.

4. Die GEW zeigt sich außerordentlich besorgt über die nationale wie internationale Rolle der Bundeswehr.

Die Bundeswehr hat sich seit 1990 immer weiter von einer nationalen Verteidigungsarmee zu einer internationalen Interventionstruppe gewandelt. Zur Aufgabe der Bundeswehr gehört es nunmehr ausdrücklich auch, freie Handelswege, eine gesicherte Rohstoffversorgung sowie die Erschließung und den Zugang zu Bodenschätzen, Vertriebswegen und Märkten zu sichern. Mit Friedenssicherung hat dies nichts zu tun.

Die GEW lehnt die Beteiligung der Bundeswehr an derartigen Einsätzen ab.

5. Für die GEW steht fest, dass die Bundeswehr sich nicht anmaßen kann, sich als „Teil der Friedensbewegung“ zu bezeichnen.

Die GEW hält die teils aggressive, teils verdeckte Werbung der Bundeswehr in der Öffentlichkeit und in Bildungseinrichtungen für skandalös. Die Aufgaben und Belastungen des Soldatenberufes sowie seine gesellschaftlichen Auswirkungen werden gezielt verharmlost. Die Werbung für Actioncamps und Abenteuerurlaube täuscht bewusst über die Realität des Tötens und Sterbens im Kriegseinsatz hinweg. Junge Menschen werden durch den Einsatz von Jugendoffizieren an Schulen in der Ausübung ihres Rechts auf eine freie Meinungs- und Willensbildung beeinträchtigt. Das Überwältigungsverbot, das Kontroversitätsgebot und das Interesse der Schülerinnen und Schüler werden systematisch verletzt.

Die GEW fordert die Länder auf, bestehende Kooperationsvereinbarungen mit der Bundeswehr zu kündigen. Sie sieht in den Lehrkräften die Fachkräfte, die unter Beachtung des Beutelsbacher Konsenses am besten dazu geeignet sind, Friedensbildung frei von Interessen Dritter zu vermitteln.

6. Die GEW fordert Hochschulen und Forschungseinrichtungen auf, sich über Zivilklauseln auf die Forschung zu zivilen und friedlichen Zwecken zu verpflichten.
7. Die GEW wird sich in der gesellschaftspolitischen Debatte und im Deutschen Gewerkschaftsbund dafür einsetzen, dass die lange Tradition des friedenspolitischen Engagements der deutschen Gewerkschaften gepflegt und gestärkt wird.

Die GEW wendet sich gegen eine gemeinsame Erklärung von DGB und Bundeswehr.

Sie wird die Weiterentwicklung des friedenspolitischen Engagements der Gewerkschaften mit einem Antrag an den 20. Ordentlichen DGB-Bundeskongress unterstützen.